EP-V-01-362

Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Alexandra Geese (Bonn KV)

Änderungsantrag zu EP-V-01

Von Zeile 361 bis 362 einfügen:
soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen.

Wir fordern im Rahmen von Erasmus+ ein angemessen dotiertes europäisches Austauschprogramm für Schüler*innengruppen aller weiterführenden Schulformen, im Rahmen dessen Klassen oder Schüler*innengruppen eine oder mehrere Wochen lang eine Austauschschule im Ausland besuchen können. Die EU muss dafür angemessene Fördermittel bereitstellen, einen rechtlichen Rahmen schaffen und ein Netzwerk interessierter Schulen wie z.B. eTwinning koordinieren.

Begründung

Europa wird von den Menschen gestaltet. Im Rahmen des Erasmus-Projekts haben neun Millionen junge Menschen mehrere Monate lang in einem anderen europäischen Land gelebt. So entstand ein dichtes Netz aus persönlichen Beziehungen, das Europa heute trägt.

Noch besser wäre es jedoch, einen solchen Austausch jüngeren Menschen zu ermöglichen. Viele Schulen bieten bereits ein- oder zweiwöchige Austauschprojekte für ganze Klassen oder Gruppen an. Die Kosten sind gering, weil die Schüler*innen bei ihren Austauschschüler*innen im Gastland übernachten und essen und das Programm mit der Gastschule abgestimmt wird. Derzeit werden diese Programme jedoch nur an einigen Schulen, meist Gymnasien, mit besonders engagierten Lehrer*innen angeboten. Favorisiert werden zudem Länder, deren Sprachen erlernt werden. Ost- und mitteleuropäische Schulen werden selten besucht.

Dazu brauchen wir ein europäisches Austauschprogramm für Schüler*innen! Die EU muss Fördermittel anbieten, damit auch Schulen aus finanzschwächeren Ländern, Regionen oder Stadtteilen daran teilnehmen können. Darüber hinaus sollte sie ein Netzwerk von interessierten Schulen koordinieren und einen rechtlichen Rahmen schaffen.

Für das zukünftige Erasmus+-Programm ist eine Verdopplung der Fördermittel geplant. Damit kann eine Anfangsfinanzierung sichergestellt werden. Gleichzeitig sollen laut der neuen Zielsetzungen von Erasmus+ mehr benachteiligte junge Menschen in die Programme eingebunden werden. Die Strategien dafür sind aber noch sehr schwammig. Ein auf Schulen zugeschnittenes Programm ermöglicht eine stärkere Fokussierung und erleichtert durch ein koordiniertes Netzwerk und einen klar vorgegebenen Rahmen den Organisationsaufwand für die Lehrer*innen. Gleichzeitig bekommen durch Gruppen- oder Klassenreisen auch Jugendliche eine Chance, die sich nicht aus eigenem Antrieb um eine Förderung bewerben würden.

Auf diese Weise könnten noch viel mehr junge Menschen aus allen Mitgliedsstaaten und Gesellschaftsschichten andere europäische Länder hautnah erleben. Gibt es eine bessere Maßnahme für den europäischen Zusammenhalt?

weitere Antragsteller*innen

Niklas Gessner (Solingen KV); Holger Koslowski (Bonn KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Jutta Brodhäcker (Bonn KV); Robert Schallehn (Köln KV); Thomas Bentele (München-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Antje Bommel (Landsberg-Lech KV); Patrick Schiffer (Düsseldorf KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jonathan Worth (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Detlef Kröger (Hamburg-Eimsbüttel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Regina Klünder (Kiel KV); Deniz Ertin (Köln KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV)